

Deutschlandpolitik hinter den Kulissen

Amos, Heike: Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 655 S., 70,- €

Dröscher, Barbara: Wer sagt das Zwiespalt Schwäche sei? Das Leben des jungen-Wilhelm Dröscher 1920–1948. J. H. W. Dietz Nachf., Bonn: 2015, 328 S., 22,- €.

Otto, Martin: „Ein stiller Diplomat“. Ulrich E. Biel im Gespräch über die Berliner Nachkriegspolitik. Ernst-Reuter Hefte 8, be.bra wissenschafts verlag: Berlin-Brandenburg 2017, 47 S., inkl. Hörfunk-CD: Die rechte Hand. Ulrich E. Biel – Geschichten aus der Berliner Nachkriegsgeschichte, 5,- €.

Jochen Stadt

Die detailreiche Untersuchung von Heike Amos über die SED-Deutschlandpolitik beruht größtenteils auf SED-Überlieferungen. Das ist, was die deutschlandpolitischen Entscheidungsfindungen im Machtzentrum des SED-Regimes betrifft, von Vorteil, zugleich aber der Schwachpunkt des Buches, da sich die DDR Zeit ihres Bestehens in der deutschen Frage überwiegend an der westdeutschen Politik und Gesellschaft abarbeitete und auf sie reagierte. Von 1970 bis Ende 1989 befasste sich das SED-Politbüro in 1 245 Tagesordnungspunkten mit allgemeinen und spezifischen Fragen der Deutschlandpolitik, im gleichen Zeitraum arbeitete das ZK-Sekretariats 2 139 Tagesordnungspunkte mit Ausführungsfragen im deutsch-deutschen Bereich ab. Das bedeutet: Die Mitglieder der engeren Parteiführung der SED waren in der Regel mehrmals wöchentlich en détail mit Beschlussvorlagen und Entscheidungsfindungen zu innerdeutschen Fragen und Beziehungen befasst. Denn trotz Zweistaatlichkeit, Blockbindung, Bau der Berliner Mauer und Abgrenzungspolitik blieben die beiden deutschen Staaten über alle Jahre durch eine enges Beziehungsgeflecht auf menschlicher und institutioneller Ebene miteinander verbunden. Vor allem die freundschaftlichen und familiären Bindungen zwischen den Bürgern und die gemeinsame Kultur erhielten das Fundament der nationalen Einheit. Alle Versuche der SED, die menschlichen Bindungen zwischen Ost- und Westdeutschen zu unterbrechen, sind letztendlich gescheitert.

Gleich zu Beginn ihrer Einleitung unterläuft der Autorin eine verwirrende Fehldeutung, wenn sie meint, „der Begriff der Deutschlandpolitik ist ein bundesdeutscher Terminus, der von der SED nie benutzt wurde“. Die SED-Führung habe „in den 1960er Jahren von der ‚Arbeit nach Westdeutschland‘ und der ‚Westpolitik‘“ gesprochen. Tatsächlich findet sich der Begriff „Deutschlandpolitik“ in den 1960er Jahren durchaus in den Arbeitsakten der SED-Westabteilung und in Protokollen der SED-Führung. So beschloss das SED-Politbüro am 30. November 1965 die Einrichtung eines Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen und wies ihm die Aufgabe zu, „die nationale Politik der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Westdeutschland kontinuierlich und auf lange Sicht zu vertreten und dazu beizutragen, in der Deutschlandpolitik stets die Initiative der DDR zu gewährleisten“. Der 4. Tagesordnungspunkt der Sitzung des Politbüros am 22. Februar 1966 lautete: „Die gegenwärtige Lage und die Deutschlandpolitik“. Erst nachdem die SED-Führung die „Wiedervereinigung“ aus ihrer Programmatik eliminierte und die nationale Einheit als westdeutsche Schimäre zu kritisieren begann, ist im internen SED-Schriftgut bezogen auf die westdeutschen Parteien und Institutionen von

der „sogenannten Deutschlandpolitik“ die Rede, die von den westdeutschen Parteien betrieben werde.

Trotz extensiver Wiedergabe des SED-Schriftgutes sind Frau Amos einige Schlüsseldokumente der Deutschlandpolitik unverständlicherweise keine Erwähnung wert. So traf der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung der KPdSU Wadim Sagladin Ende September 1975 mit einer CDU-Delegation unter Leitung von Helmut Kohl zusammen. Laut Sagladins Aufzeichnung habe Kohl betont, seine Partei lehne jegliche Gewaltanwendung in der Politik ab und wünsche, dass die Bundesrepublik gute Beziehungen zu allen europäischen Ländern, eingeschlossen selbstverständlich der Sowjetunion und ihren Verbündeten, entwickle. „Uns drückt allerdings die Last der Spaltung Deutschlands. Das Volk in beiden deutschen Staaten wird sich nach unserer Überzeugung nicht mit dieser Spaltung abfinden“, sagte er. Sagladin erwiderte, dass man von den Realitäten ausgehen müsse. „Realität aber ist, daß es die DDR gibt, ein von allen anerkannter Staat, mit dem die BRD einen Vertrag geschlossen hat. Und dieser Vertrag muß strikt erfüllt werden, bei Achtung der Souveränität der DDR.“ In seiner Antwort betonte Helmut Kohl, dass auch er von den bestehenden Realitäten ausgehe und nicht bereit sei, sich Illusionen hinzugeben. „Die Spaltung des Landes und der Nation sind gegenwärtig nicht zu beheben. Das ist Sache zukünftiger Generationen. Ich habe – zwar als Tourist – die DDR zweimal besucht. Das waren nützliche Besuche. Wenn ich zum Kanzler gewählt werde, so werde ich offizielle Kontakte mit den Führern der DDR unterhalten. Gleichzeitig werde ich jedoch danach trachten, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands offenzuhalten.“ Sagladin informierte die SED-Führung über diese Äußerungen Kohls.

Bei der Auswertung der SED-Papierberge über die in den 1970er und 1980er Jahren ausufernden deutsch-deutschen Politikergespräche und Quertreibereien lässt sich Heike Amos intensiv von den Überlieferungen aus dem Verantwortungsbereich des 1985 von Erich Honecker aus dem SED-Politbüro entfernten SED-Westexperten Herbert Häber leiten. Zwar werden auch mehrere andere Gesprächs- und Einflusskanäle der SED erwähnt, doch nicht annähernd so intensiv rekapituliert, wie Häbers Kontakte zu westdeutschen Politikern und seine Wahrnehmungen ihrer politischen Positionen. Während die politischen Interventionsapparate wie die DFU und die DKP mit ihrer direkten Anbindung an die Westabteilung und die Abteilung Verkehr des SED-Zentralkomitees ausführlich abgehandelt werden, fallen wichtige Akteure der DDR-Einflussnahme in der Bundesrepublik ganz unter den Tisch. Nur in einer Fußnote wird Honeckers Schwager Manfred Feist erwähnt, der als Chef der Abteilung Auslandsinformation im SED-Zentralkomitee maßgeblich die Wühlarbeit in der westdeutschen Friedensbewegung mit koordiniert hat. Auch Christel und Günter Guillaume hält die Autorin nicht für erwähnenswert, der von ihnen ausgelöste Rücktritt Willy Brandts wird eher beiläufig abgehandelt. Das mag daran liegen, dass Frau Amos die Westarbeit des Staatssicherheitsdienstes nur selektiv in ihre Betrachtung der SED-Deutschlandpolitik einbezieht. Das ist freilich auf dem heutigen Stand der Kenntnisse über die offensiven und teilweise durchaus öffentlichkeitswirksamen Eingriffe des MfS in die westdeutschen Stimmungslagen nicht akzeptabel.

So rekapituliert Heike Amos aus den SED- und MfS-Überlieferungen die Bemühungen Herbert Wehners, mit der SED-Spitze ins Gespräch zu kommen. Die gegen Herbert Wehner 1964 von der SED und dem MfS in Gang gebrachte massive Desinformationskampagne findet in ihrer Untersuchung der SED-Deutschlandpolitik keinen Raum. Zudem fehlt der Name Wehners im Personenregister des Buches, obwohl ihm sogar eine Überschrift gewidmet ist, die mit dem Wortlaut „Karl Wienand, Herbert Wehner und

der ostdeutsche Geheimdienst“ mehr verspricht, als der nachfolgende Text einzulösen vermag. Denn dort werden lediglich Wehners wiederholte Bemühungen ausgebreitet, einen vertraulichen Gesprächskontakt mit der SED-Führung herzustellen. Die Autorin spricht von einem „seit 1968 wiederholt ausgesprochenen Wunsch“ Wehners, „mit einem führenden SED-Mann zusammenzukommen“, was sich für Wehner erst 1973 realisiert habe, als er sich mit Erich Honecker traf. Wehners Bemühungen, mit „einem führenden SED-Mann zusammenzukommen“, setzten allerdings bereits in den 1950er Jahre ein. Sie waren im Herbst 1956 bereits so weit gediehen, dass ein geheimes Treffen mit dem Mitglied des SED-Politbüros Hermann Matern in der West-Berliner Privatwohnung von Probst Krüger vereinbart war. Der SED-Funktionär Wilhelm Girnus informierte Walter Ulbricht am 20. November 1956 über seine Zusammenkunft mit Herbert Wehner in einem Hotelhinterzimmer in West-Berlin. Er habe Wehner unter Hinweis auf die veränderte Lage nach den Ereignissen in Ungarn und die „Haßpsychose gegen die Sowjetunion und den Kommunismus“ erklärt, dass Hermann Matern nicht wie vereinbart zu einem Treffen nach West-Berlin kommen könne. Es sei auch fraglich, ob es nützlich wäre, wenn Probst Krüger, in dessen Wohnung das Treffen stattfinden sollte, Mitwisser der Zusammenkunft werde. Er habe aber den Auftrag, Wehner „eine formelle Einladung des Genossen Matern zu übermitteln, in dessen Wohnung zu kommen und dort mit ihm das gewünschte Gespräch zu führen“. Wehner habe sich das unbewegt angehört, „lief dann etwas rot an, man spürte, wie er einen aufkommenden Ärger herunterwürgte“ und habe den Vorschlag „in den demokratischen Sektor zu kommen“ unter Hinweis auf seine schlechten Erfahrungen und die gegen ihn in der Vergangenheit gerichteten Maßnahmen abgelehnt.

Aufhorchen lässt die Behauptung von Heike Amos, Bundeskanzler Helmut Schmidt habe „bei seinem Besuch am Werbellinsee im Dezember 1981 das Respektieren der Staatsbürgerschaft nochmals zugesichert“. Sie beruft sich dabei auf ein Dokument der HV A über „Äußerungen Böllings, 11. Mai 1981“, ein Dokument also, das vor dem Gespräch Schmidts unter vier Augen mit Honecker am 11. Dezember 1981 angefertigt worden ist. Laut dem Protokoll des „Vieraugengesprächs“ zwischen Schmidt und Honecker, forderte der SED-Chef zwar, „daß seitens der Bundesrepublik Deutschland die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik vorbehaltlos respektiert wird“. Die Äußerung Helmut Schmidts zu dieser Frage gibt das Protokoll dann aber folgendermaßen wieder: „Der Bundeskanzler erwidert, daß er die Regelung der Staatsangehörigkeit wegen des Grundgesetzes nicht ändern könne. Er stellt die Rechtslage aus der Sicht der Bundesrepublik dar und verweist auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Er fügt hinzu, daß ein Bürger der DDR, der in die Bundesrepublik kommt, um dort zu bleiben, Staatsangehöriger im Sinne der Rechtsordnung der Bundesrepublik ist.“

Hätte Bundeskanzler Schmidt im Dezember 1981 tatsächlich Honeckers Forderung auf Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft zugestimmt, so müsste er hernach wortbrüchig geworden sein. Denn Egon Bahr stellte 1986, wie die Autorin zutreffend weiter hinten in ihrem Buch schreibt, gegenüber Erich Honecker in einem Geheimgespräch eben diese Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft in Aussicht, wenn die DDR den Zustrom von Asylanten aus dem Nahen Osten, Afrika und Sri Lanka via Flughafen Schönefeld nach West-Berlin stoppen würde. Bahr sagte zu, dass SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau im Falle eines Wahlsieges als Bundeskanzler eine entsprechende Entscheidung herbeiführen würde. Als Gegenleistung und Wahlkampfhilfe für Rau versprach Honecker, dass der SPD-Kanzlerkandidat die Unterbindung des Asylantenzustroms durch die DDR exklusiv auf einer Pressekonferenz bekanntgeben dürfe. Heike

Amos erkennt die damaligen Zusammenhänge, wenn sie meint, „Bahr versprach damit etwas, was im Großen und Ganzen auch von der Bundesregierung zugesagt wurde.“ Genau das war nicht der Fall, und Bahr war sich der deutschlandpolitischen Brisanz seines Angebots so sehr bewusst, dass er es in Geheimverhandlungen unterbreitete und auf strikter Vertraulichkeit bestand. Zum Glück für die DDR-Flüchtlinge des Sommers 1989 respektierte die Bundesrepublik die DDR-Staatsbürgerschaft nicht. Lediglich Oskar Lafontaine unternahm im August 1989 noch einen entsprechenden Vorstoß und ließ Überlegungen anstellen, ob das Saarland die Ausgabe von westdeutschen Personalpapieren an geflüchtete DDR-Bürger möglicherweise unterlassen könnte. Auch das schildert die Autorin, ohne offenbar zu verstehen, dass Lafontaine damit die Nichtrespektierung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung unterlaufen wollte. Übrigens fehlt auch SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau im Personenregister.

Durch die starke Konzentration auf das Wirken Herbert Häbers geraten der Autorin leider wichtige andere Kommunikationskanäle aus dem Blickfeld, so unter anderem auch die Finessen der Nebenaußenpolitik Egon Bahrs und seine Politikberatung für die SED-Führung. Hierfür nur ein Beispiel: Ende Mai 1984 bereiste der SED-Funktionär und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Otto Reinhold die Bundesrepublik. Zurück in der DDR berichtete er der Parteiführung über seine Gespräche unter anderem folgendes: „Bahr und Voigt hielten es für sehr gut, wenn wir uns mit diesen revanchistischen Kreisen [gemeint sind Alfred Dregger und andere Politiker des konservativen CDU-Flügels – JS] und ihren Vorstellungen stärker auseinandersetzen würden. Sie würden aber davon abraten, das Feuer direkt auf Kohl zu richten. Eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesen Kreisen könnte die Differenzierung im Regierungslager vergrößern. Eine offene Polemik direkt mit Kohl würde dagegen ein Solidaritätsgefühl hervorrufen.“ Für die bevorstehende und dann auf sowjetischen Druck abgesagte Reise Erich Honeckers in die Bundesrepublik riet Bahr: Auf Grund der Lage, in der sich Kohl befindet, könne erreicht werden, daß das Kommuniqué nicht hinter das vom Werbellinsee zurückfalle. Bahr wolle sich diese Woche noch einmal mit Jenninger besprechen. „Für das Reiseprogramm sollten wir aus prinzipiellen Gründen unbedingt auf Bonn bestehen und keinerlei Ersatzlösung zustimmen.“ Honecker solle das Saarland besuchen. „Kein Besuch des Saarlandes würde in der breiten Öffentlichkeit der BRD auf großes Unverständnis stoßen. Das würde insbesondere in der Presse die Auffassung hervorrufen, Erich Honecker sei zu einem seelenlosen und stahlharten Politiker geworden, der alle menschlichen Züge abgelegt habe.“ Von einem Besuch in München sei abzuraten. „Man würde annehmen, Erich Honecker möchte sich dort für den Milliardenkredit bedanken und eine Art Unterwerfungsbesuch bei Strauß machen. Für Bahr und andere Sozialdemokraten sei das auch deshalb bitter, da nunmehr diejenigen belohnt würden, die für die Aufstellung der Raketen in der Bundesrepublik gesorgt haben.“

Sie könne, schreibt die Autorin in ihrer Einleitung, „das Agieren und Reagieren auf die SED- Westpolitik von Seiten der Bundesrepublik, z.B. des Bundeskanzleramtes oder des Ministeriums für innerdeutschen Beziehungen, weitgehend nicht mit berücksichtigen“. Warum eigentlich nicht? Über 600 Seiten des vorliegenden Buches befassen sich mit Protokollen und kommunistischen Strategiepapieren, mit Intentionen, Windungen und Wendungen der SED-Zentrale, ihren Interpretationen und Wahrnehmungen der westdeutschen Politik und ihrer mehr oder weniger wichtigen Repräsentanten. Die andere Seite der deutschlandpolitischen Medaille, die Strategien, Taktiken und Interventionen der westdeutschen Parteien, Regierungsstellen und Institutionen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Das ist mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung beider deutschen Teilstaaten nicht nachvollziehbar. Wer sich über die Absichten der SED-

Deutschlandpolitik, ihre Wandlungen oder ihre Kosten informieren möchte, über die Funktionsdenke der Apparatschics in den Bürotrakten des SED-Zentralkomitees sowie über die organisatorischen und personellen Gegebenheiten der Westpolitik des zentralen SED-Parteiparats ist mit der trocken geschriebenen Studie von Heike Amos gut bedient. Doch „die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989“ war keine selbstgenügsame Angelegenheit von SED-Spitzenfunktionären, sondern überwiegend Reaktion auf westdeutsche politische Entwicklungen und die westdeutsche und internationale Politik, die Heike Amos „weitgehend nicht mit berücksichtigen“ mochte. Schade drum.

Die „bolschewistische Irrlehre“ und „der gute Mensch von Kirn“

Keine Erwähnung findet bei Frau Amos das SPD-Präsidiumsmitglied und Bundesschatzmeister der Partei Wilhelm Dröscher, ein langjähriger Adressat der SED-Deutschlandpolitik. Als stellvertretender Chef der Westabteilung des SED-Zentralkomitee wertete Herbert Häber zwischen Ende der 1960er Jahre mehrere Berichte aus, die sein Reisekader Dr. Heinz Zettel von der Humboldt Universität über Gespräche mit MdB Wilhelm Dröscher verfasst hatte. Im Januar 1970 soll Dröscher angeblich, nachdem er die die bisherige Politik der Brandt/Scheel-Regierung gelobt hatte, geäußert haben, „dass sich Schiller und H-Schmidt vom Programm der SPD gelöst haben und eine Politik im Interesse der Monopole durchführen. Bei H-Schmidt sei diese parteischädigende Politik am deutlichsten erkennbar.“ Der DGB sei der neuen Regierung in den Rücken gefallen. Über die Ostpolitik habe Dröscher erklärt, „daß die westdeutsche Regierung gegenwärtig vor der Aufgabe stehe – im Unterschied zur bisherigen CDU-Regierung – die Bevölkerung schrittweise an ein neues Bild über die DDR heranzuführen. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR sei zwar logisch, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchführbar.“ Dröscher halte eine absolute Mehrheit der SPD „für tiefgreifende Maßnahmen auf dem Weg zum Sozialismus“ für unabdingbar. Sollte er wirklich so gesprochen haben? Ein von Erich Honecker im Oktober 1975 dem SED-Politbüro zur Kenntnis gegebener geheimer KPdSU-Bericht über ein Gespräch mit Dröscher „zur Frage der Vorbereitung des Parteitages der SPD in der BRD“ enthält Dröschers Meinungsäußerungen zur politischen Lage im Westen. Die Übersetzer des KPdSU-Berichts übertrugen den Namen des SPD-Präsidiumsmitglieds aus dem Russischen übrigens als „Drescher“. Sie kannten den Mann, der mit verhaltenem Optimismus über die Wahlchancen der SPD sprach, offenbar auch nicht. Die unter Führung von Willy Brandt begonnene Außenpolitik werde auch von der Regierung Schmidt fortgesetzt, habe Dröscher versprochen. „Er gab zu, daß die Linie der SPD inkonsequent ist, wobei er Schwankungen und Kompromisse zu den unvermeidlichen Unkosten der parlamentarischen Demokratie rechnete. Letzten Endes werde die Sozialdemokratie – nach seiner Überzeugung – die konstruktiven Ideen, die dem Geist der Zeit entsprechen, im Bewußtsein der Westdeutschen stärken können. Ohne sich dem in der Rede von Genscher in der UNO aufgeworfenen Thema über die ‚Einheit Deutschlands‘ anzuschließen, machte Drescher zugleich auf die Besorgnis der Vertreter der Regierungskoalition darüber aufmerksam, daß ‚dieses Kampffeld‘ in der Zeit der Bundestagswahlkampagne ‚nicht der CDU/CSU in Pacht gegeben wird‘. Was sie Sozialdemokratie betrifft, so versicherte Drescher, daß ihnen die Absicht fremd sei, ‚die Christdemokraten in der nationalen Frage von rechts zu überholen‘ und daß sie niemals diesen Weg einschlagen werden, weil ihnen bewußt ist, wie gefährlich die Wiedergeburt des deutschen Nationalismus für die Geschichte des Friedens wäre.“



Bundesarchiv, B 145 Bild-F048649-0034
Foto: Wegmann, Ludwig | 19. Juni 1976

Wilhelm Dröscher mit Herbert Wehner 1976.

Bildquelle: Bundesarchiv, B 145 Bild-F048649-0034 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0.

Während die Berichte der SED-Reisekader und die KPdSU-Mitteilung über das Gespräch mit Dröscher streng geheim blieben, sorgte die SED im Mai 1961 dafür, daß eines Reise Wilhelm Dröschers in die DDR im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes für öffentlichen Wirbel sorgte. Am 14. März 1961 erhielt das für die SED-Deutschlandpolitik damals zuständige Politbüromitglied Albert Norden einen Bericht des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder, Eduard Götzl, über die Aussprache mit dem Bundestagsabgeordneten Wilhelm Dröscher, Rheinland-Pfalz. Dröscher hatte sich mit Götzl, der auch Volkskammerabgeordneter war, am 10. März 1961 in der DDR getroffen und mit ihm verschiedene deutschlandpolitische Fragen erörtert. Zur kommenden Bundestagswahl soll Dröscher laut der Niederschrift von Götzls Mitarbeiter Stadelhoff geäußert haben: „Wir haben als SPD eine Wahlmannschaft aufgestellt, an deren Spitze Willy Brandt steht. Wir denken, mit dieser Mannschaft den Wahlsieg zu erringen. Alles, was wir jetzt tun, sei es in den Parlamenten und auch innerhalb der Partei, dient diesem Ziel. So zum Beispiel auch die Rede von Wehner vom 30. Juni 1960 im Bundestag.“ Zu Wehner: „Ich glaube der Genosse Wehner wird nie anders als links stehen. Er weiß zum Beispiel auch, daß ich nach Fürstenwalde zu Herrn Weber gefahren bin.“ Sodann deutete Dröscher an, daß die von der DDR unterstützte DFU die SPD Wählerstimmen kosten wird, die verloren sind, aber der SPD nützen könnten. „Ich würde bald sagen, die Friedensunion ist ein Kind Adenauers. Denn jede Stimme, die die SPD nicht bekommt, ist eine Stimme für ihn. Ich kann mir nicht denken, daß die SED den Wahlsieg Adenauers wünscht. Nach meiner Meinung kann die Friedensunion 2 – 3 % Stimmen erhalten. Die 5 %-Klausel wird sie nicht überschreiten.“ Diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstand der SED-Funktionär nur zu gut, doch Albert Norden und Walter Ulbricht favorisierten eine andere Einmischung in den Bundestagswahlkampf.

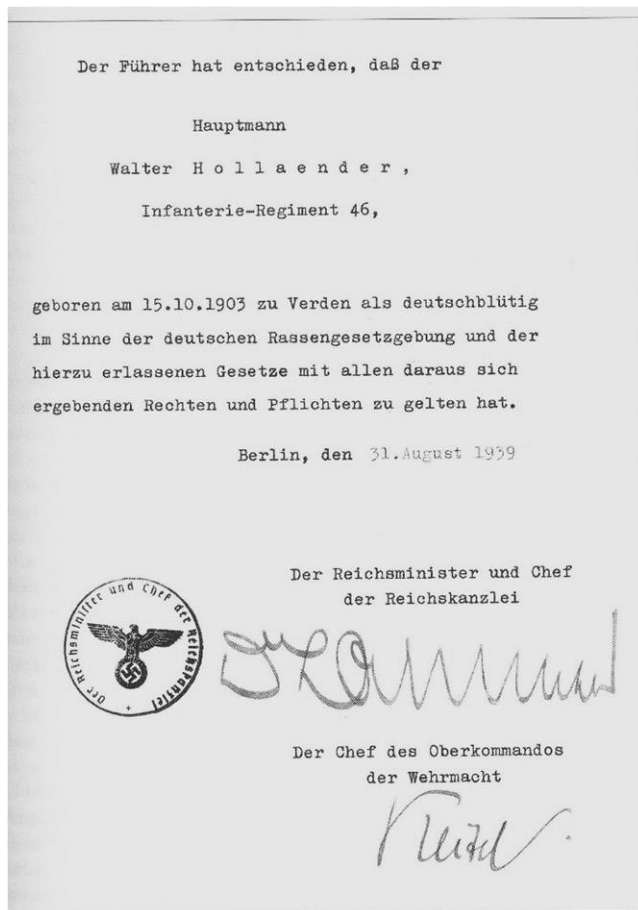
Das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* publizierte zwei Monate nach Dröschers Besuch einen „Brief an einen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten“. Als Absender firmierte jener Eduard Götzl, der sich an den anonym gehaltenen „werten Genossen“ wandte, mit dem er „zu einem ausführlichen Gespräch“ zusammengekommen war: „Ich habe mich gefreut, daß Sie zu uns gekommen sind und ich Gelegenheit zu dieser freimütigen Aussprache mit Ihnen hatte.“ Sodann gab Götzl zahlreiche angebliche Äußerungen des Gesprächspartners wieder. So habe der erklärt, „viele sozialdemokratische Abgeordnete seien gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, und auch Sie selbst würden gegen diesen Wahnwitz auftreten“. Die SPD-Zentrale in Bonn reagierte zunächst mit einem Dementi und behauptete, es habe keine Reise eines Bundestagsabgeordneten in die SBZ gegeben. Götzls Brief war jedoch am 19. Mai 1961 noch vor der Veröffentlichung im *ND* Dröschers Ehefrau Lydia in Kirn übergeben worden. *Der Spiegel* berichtete am 14. Juni 1961 hämisch, „die Lebensregel des SPD-Bundestagsabgeordneten Wilhelm Dröscher, unter allen Umständen, notfalls auch ohne Überlegung, etwas Gutes zu tun, hat seiner Partei wenig Gutes gebracht“. Der Pressedienst der SPD-Fraktion habe einen Tag nach dem Dementi der Parteizentrale „kleinlaut eine ‚Erklärung‘ des Abgeordneten Dröscher, der Mitglied des Verteidigungsausschusses ist“ veröffentlicht, in der Dröscher zugeben musste, „er sei am 10. März in Fürstenwalde gewesen, der Inhalt des Offenen Briefes sei jedoch in allen Punkten unwahr“. Er habe eine Reise „von Deutschland nach Deutschland“ unternommen, um sich für drei inhaftierte Oberschüler einzusetzen.

Götzls Offener Brief war nach Abstimmung Albert Nordens mit Walter Ulbricht im Rahmen einer großangelegten Kampagne „zur Popularisierung des Briefes des Genossen Götzl an den Bundestagsabgeordneten Dröscher“ auch per Post an 10 000 Adressaten in Westdeutschland versandt worden. Superintendent Bernhard Weber, der Dröscher eingeladen und mit den SED-Funktionären zusammengebracht hatte, wird im SED-Schriftgut als Gegner des EKD-Vorsitzenden Otto Dibelius, Anhänger der „Christlichen Friedenskonferenz“ und Informant über innerkirchliche Vorgänge bezeichnet. Er hatte Wilhelm Dröscher bei einem Treffen der kirchlichen Bruderschaft auf Schloss Daum kennengelernt. Dröscher habe ihm dort erklärt, „daß er gerne einmal die DDR besuchen möchte, um mit leitenden Funktionären zu sprechen“. Vereinbart wurde nach Rücksprache Götzels mit Albert Norden dann das Treffen am 10. März 1961. Weber holte Dröscher in West-Berlin ab, Stadelhoff begrüßte ihn am Brandenburger Tor, beide fuhren dann in die Pfarrei nach Bad Saarow. Superintendent Weber bot der SED-Zentrale an, er sei bereit unter Eid auszusagen, dass Dröscher im Verlauf des Gesprächs mehrfach darauf hin gewiesen habe, Wehner wisse von seinem Aufenthalt in der DDR. Gegenüber dem Spiegel machte Dröscher später geltend, er sei der Einladung Webers gefolgt um sich für der inhaftierte Jugendliche einzusetzen. In den Überlieferungen des Büros von Albert Norden finden sich tatsächlich Unterlagen der Staatsanwaltschaft über die Strafsache gegen die Schüler Gunter Fritsch, Heinz Gelszinnus und Jürgen Cramer, die zusammen mit einem weiteren inzwischen in den Westen geflüchteten Jugendlichen eine „Widerstandsgruppe“ gebildet hätten. Ihnen wurde die Verteilung von Flugblättern vorgeworfen, das Zerschneiden der Kabel von Lautsprechern während der Übertragung der 1.-Mai-Kundgebung, das Anschmieren von „Hetzlosungen“ wie „Freiheit – Ulbricht raus“. Die Jugendlichen seien, meinte die Staatsanwaltschaft, durch das Abhören des RIAS und des SFB beeinflusst gewesen, teilweise auch durch negative Haltung im Elternhaus. Die gegen sie verhängten Gefängnisstrafen – Fritsch 1 Jahr und 6 Monate, Gelszinnus 1 Jahr und 2 Monate, Cramer 8 Monate – wurden wegen guter Führung im

Mai 1961 zur Bewährung ausgesetzt. Vielleicht hatte Wilhelm Dröscher, der durch seinen persönlichen Einsatz vielen Menschen in seinem Wahlkreis Kirn an der Nahe bei der Lösung von großen und kleinen Problemen geholfen hat und deswegen im Volksmund „der gute Mensch von Kirn“ hieß, tatsächlich zur vorzeitigen Freilassung der drei Oberschüler beigetragen.

Der Spiegel charakterisierte Wilhelm Dröscher im seinem oben erwähnten Artikel über dessen DDR-Reise folgendermaßen: „Seit Wilhelm Dröscher, 1920 in Kirn geboren, dem Kindesalter entwachsen ist, gibt es nichts, was er nur halben Herzens und ohne ganzen Einsatz getan hätte. Auch aus enttäuschten Jugendträumen macht MdB Dröscher kein Hehl: Als einziger Abgeordneter gibt er im amtlichen Bundestagshandbuch an: 1933 bis 1936 im Jungvolk. 1939 eilte er aus dem Kontor der Kirner Hartsteinwerke unter die Fahne, und als der Krieg zu Ende war, hatte er es zu drei Verwundungen, dem Deutschen Kreuz in Gold und zum Oberstleutnant der Reserve gebracht. Nach dem Krieg schien dem Ex-Pimpfen die Kommunistische Partei die richtige Gemeinschaft, in der er fortan zum Besten der Unterdrückten und Entrechteten wirken könne. Bald war die KPD zweitstärkste Partei in Dröschers Einflußbereich; er selbst wurde zunächst KPD-Stadtrat und später hauptberuflich Amtsbürgermeister von Kirn -Land. 1949 wechselte der Oberleutnant a.D. von den Kommunisten zu den Sozialdemokraten. Bald war Dröscher Kreis- und später Unterbezirks- und stellvertretender Bezirksvorsitzender der SPD. 1955 schickten ihn die Kirner in den rheinland-pfälzischen Landtag, und 1957 zog er für den Wahlkreis Kreuznach in den Bundestag ein.“

Barbara Dröscher ist der Lebensgeschichte ihres Vaters mit Empathie und tiefergehender nachgegangen als die *Spiegel*-Zyniker im Jahr 1961. Ihr geht es vor allem um den Zwiespalt, in dem sich ihr Vater befand, seit ihn die Nazis 1936 als jüdischen „Mischling“ aus der Hitler-Jugend ausschlossen und er später als Wehrmachtsoffizier zumindest mittelbarer Zeuge von Judenvernichtungsaktionen wurde. Dröschers jüdische Herkunft war den *Spiegel*-Mitarbeitern 1961 unbekannt, da der SPD-Politiker diesen Teil seiner Biografie nicht zum Gegenstand öffentlicher Selbstdarstellungen machen wollte, was in Anbetracht der gesellschaftlichen Atmosphäre im Nachkriegsdeutschland nur zu verständlich ist. Als sich Dröscher 1938 zur Kaufmannsprüfung bei der Industrie und Handelskammer anmeldete, musste er im Anmeldeformular „nicht arisch“ ankreuzen. Im beigegefügtten Lebenslauf schrieb er: „Im März 1933 trat ich, obwohl mir als auch dem aufnehmenden Bannführer der Hitlerjugend meine Abstammungsschwierigkeiten bekannt waren, als erster meiner Klassenkameraden in die Hitlerjugend ein. Schon vorher – bereits als zehnjähriger Junge – hatte ich verschiedenen völkischen Jugendgruppen angehört.“ Wilhelm Dröscher gehörte vor seinem HJ-Eintritt den elitären bündischen Nerothern an. Im Frühjahr 1936, kurz vor seiner Ernennung zum „Jungenführer im deutschen Jungvolk“ wurde er dann durch Entscheid der Reichsjugendführung aus der HJ ausgeschlossen. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges begann Wilhelm Dröschers Werdengang „als ‚Mischlings‘-Soldat in der Wehrmacht“, so die Kapitelüberschrift seiner Tochter. Gestützt auf das Kriegstagebuch ihres Vaters, auf Briefe an seine spätere Frau und allerlei zeitgenössische und historische Literatur verfolgt Barbara Dröscher die Wehrmachtlaufbahn ihres Vaters. Häufig spricht die Autorin von Ambivalenz, wenn es um Dokumente aus Dröschers Hand geht, die seine Bemühungen um eine Verortung im damaligen Ideologie- und Wertekanon enthalten. So schrieb er im Oktober 1942 in einem Brief an seine spätere Frau, „daß ich wohl kein Nationalsozialist bin und naturgemäß nicht sein kann, wohl aber ein Gläubiger unserer großen deutschen Volksidee, zu der sich der der Nationalsozialismus wohl organisch weiter entwickeln wird oder schon hat.“



Mit einer solchen „Deutschblütigkeitserklärung“ durften „jüdische Mischlinge“ als Offiziere in der Wehrmacht dienen. Das Dokument ist der Untersuchung von Bryan Mark Rigg über „Hitlers jüdische Soldaten“, Paderborn 2002, entnommen.

Irrlehre“ folgte und der KPD beitrug. Wie er selbst schrieb, sah er 1946 „zwei Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung in Deutschland: 1.) Die Wendung zum Westen, die mir die Unwahrscheinlichere ist, da sie eine Hilfe der Westmächte voraussetzt, die sie mit Ausnahme Großbritanniens nicht zu geben bereit sind.“ [...] 2.) Die Wendung zur sozialistischen Idee, die zugleich die Angliederung an ein zukünftiges System der vereinigten europäischen Sowjetstaaten bedeutet.“ Und an einen Kriegskammeraden, dem er sich als nunmehriger „KPD-Funktionär“ offenbarte, schrieb Dröscher im Januar 1947, „es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der jungen Generation, diese Partei als die dynamischste der Neuzeit mit unserem Leben zu erfüllen“. Doch diesem verquastenen Rückholungsversuch des Jugendbewegungsidealismus‘ fehlte jede Grundlage. Nachdem die KPD 1948 ihren kurzen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus ad acta legte und Tito als Verräter am Weltkommunismus exkommunizierte, trat Dröscher aus der Partei aus. Er amtierte einige Zeit als Kirner Amtsbürgermeister – in Ablösung seines entnazifizierten Vorgängers Schneider, der später als SPD-Ortsbürgermeister sein Nachfolger wurde – und machte dann in der SPD Karriere. In der Aufrüstungsdebatte der späten 1950er Jahre wandte sich Dröscher gegen die atomare und konventionelle Hochrüstung und plädierte in der SPD für eine Verteidigungskonzeption eines „Europas der Partisanen“. Die echte Alternative zur Atomrüstung liege darin „in einer gründlichen Ausbildung den Bürger auf einen Ernstfall vorzubereiten und ihn auch entsprechend

Sowohl im Verlauf des Russlandfeldzuges als auch als Beteiligter an den Kämpfen gegen Titos Partisanenarmee erlebte Wilhelm Dröscher aus nächster Nähe das Grauen des Krieges. In der Zeit seiner Stationierung in Istrien notierte er 1943: „Bei geschickter politischer Führung könnten dies Menschen wertvolle Glieder der europäischen Völkergemeinschaft werden. Von den Lehren der Sowjets irreführt und dem Terror der Banden Titos ausgesetzt, bedeuten sie aber eine große Gefahr für die Sicherheit Europas.“ Der Balkan würde nicht zuletzt „wegen der Eigenart seiner Menschen“ als „Hexenkessel Europas“ bezeichnet. „Jeder von uns“ müsse deswegen die örtliche Bevölkerung „von dem Wahnsinn der bolschewistischen Irrlehre überzeugen, die mit Sicherheit das Ende jeder völkischen Selbständigkeit bringen wird. Sie müssen erkennen, dass der deutsche Soldat mit Disziplin und Verständnis ihren Belangen gegenübersteht, aber unerbittlich zuschlägt, wo es zur Rettung der europäischen Kultur nötig ist.“

Barbara Dröscher dokumentiert auch, warum ihr Vater nach dem Krieg selbst für einige Zeit der „bolschewistischen

auszurüsten“. Barbara Dröscher rückt diese Überlegungen ihres Vaters etwas kurzschlüssig in den Zusammenhang seiner eigenen Erfahrungen als Partisanenbekämpfer und Wehrmachtsoffizier. Das scheint allerdings etwas kurzgeschlossen, denn Wilhelm Dröschers Überlegung, nur eine defensiv ausgerichtete kleine mobile Streitmacht aufzustellen und sie durch eine „alle wehrfähigen Bürger umfassende Heimat-Verteidigung-Organisation“ zu ergänzen, rekurrierte wohl eher auf das Schweizer Modell als auf die kommunistisch inspirierte Partisanentaktik.

Barbara Dröscher beendet ihre Erkundungsreise in die schon lange versunkene Lebenswelt ihres Vaters mit einem erstaunlichen Bekenntnis. Warum, fragt die ehemalige Maoistin, „hat unsere Generation keine Wege gefunden, das Gespräch zu eröffnen? Heute suchen wir in den Dokumenten nach Hinweisen, lesen die Briefe, durchsuchen die Fotoalben. Und warum sind es auch die ‚Mischlinge‘ gewesen, die ihre Geschichte im hintersten Speicher vergruben und nicht erzählen konnten?“ Ihre Antwort: „Bei mir, wie wohl auch bei vielen anderen Linken, spielte auch die Genugtuung mit, auf der richtigen Seite zu stehen, weil wir das System, das das Monstrum der Nazi Herrschaft hervorgebracht hatte, radikal kritisierten und die Schuld Deutschlands am Holocaust und den Kriegsverbrechen erkannten. Wir haben nicht weiter gefragt, nicht auf die Zeichen geachtet und unsere Väter und Mütter haben die Geschichte nicht wieder hervorgeholt und nicht erzählen wollen.“ Bleibt anzumerken, dass ihr Vater Wilhelm Dröscher, den sie im Buch stets distanziert WD nennt, doch auch geglaubt hat, auf der richtigen Seite zu stehen.

Ein fast vergessener Deutschlandpolitiker

Ulrich Eduard Biel hatte kaum eine andere Wahl, als auf der richtigen Seite zu stehen, nachdem er im Alter von 27 Jahren Deutschland verließ. Seine engsten Familienangehörigen, die im Land blieben, wurden 1942 aus Berlin deportiert und im Rigaer Getto ermordet. Nach seiner Entlassung aus dem juristischen Vorbereitungsdienst in Berlin konnte er nach in Bonn zum Dr. jur. promovieren, bevor er 1934 in die Vereinigten Staaten emigrierte. Dort lernte er die Schriftstellerin und Schauspielerin Kadidja Wedekind kennen und lieben. Er heiratete 1941 die Tochter von Frank Wedekind und Tilly Newes. Kadidja Wedekind stand damals in den USA unter anderem mit Bertolt Brechts Stück *Furcht und Elend des Dritten Reiches* auf der Bühne.

Ulrich E. Biel erblickte 1907 in Berlin als Sohn eines Berliner Justizrates das Licht der Welt. Seinen Familiennamen Bielschowsky änderte er im amerikanischen Exil in Biel um. Nach seiner Trennung von Kadidja Wedekind lebte Biel mit der Witwe des 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Peter Graf York von Wartenburg in Berlin-Dahlem. Biel nahm als seine Tätigkeit in der amerikanischen Militäradministration endete wieder die deutsche Staatsangehörigkeit an, legte das ihm 1933 verwehrte Assessor-Examen ab und eröffnete in Berlin eine Rechtsanwaltspraxis. Biel trat 1965 der Berliner CDU bei und zog für die Partei 1971 in das Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Ulrich E. Biel war 1945 als Captain in amerikanischer Uniform in seine Heimatstadt Berlin zurückgekehrt. Er hatte seit der Landung in der Normandie im Stab von General Georg S. Patton gedient. Als „Headhunter“ machte er sich nach dem Einmarsch der US-Army im Rheinland auf die Suche nach Konrad Adenauer, der als Nr. 1 auf der amerikanischen Liste der unbescholtenen Personen stand. Er sollte den 69-Jährigen dazu bewegen, wieder das Amt des Kölner Oberbürgermeisters zu übernehmen. In Adenauers Erinnerungen kommt Biel ohne Namensnennung als „ein amerikanischer Offizier, ein

jüdischer Emigrant, der meinen Namen kannte“ vor. Martin Otto publizierte 2007 erstmals in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Biels Notizen über zwei Gespräche mit Konrad Adenauer, den er der Militäradministration als „ungekrönten König des Rheinlandes“ für höhere Aufgaben empfahl.

Als die Amerikaner in ihren Berliner Sektor einrückten, kam Biel zu OMGUS in die politische Verwaltung unter Stadtkommandant Colonel Frank L. Howley. Martin Otto rekonstruiert in seiner sachkundigen Begleitpublikation zu einer CD mit Biels Erinnerungen an die Nachkriegsjahre das hintergründige Wirken dieses Mannes im Ost-West-Konflikt. Die CD enthält ein etwa einstündiges Interview Biels, das der *Sender Freies Berlin* (SFB) im März 1989 ausstrahlte. Biel schreibt sich in diesem Interview die Förderung der von ihm frühzeitig erkannten politischen Talente Konrad Adenauer und Ernst Reuter zu. Martin Otto ruft als Zeitzeugen Paulus van Husen auf, einen Mann des Widerstands aus dem „Kreisauer Kreis“, der mit Biel beim Aufbau der Verwaltungsgerechtheit im Nachkriegsberlin zusammengearbeitet hat. Van Husen schrieb 1967 über Biel: „Er wußte die Fragen zu erkennen, in denen amerikanische und deutsche Interessen trotz vielleicht gegenteiligen derzeitigen Scheins in Wirklichkeit übereingingen, und verkaufte dann auf der deutschen Seite seine Gedanken mit deutschen Argumenten, bei dem Amerikanern auf amerikanisch. Die Hauptthese, die Biel den Amerikanern beigebracht hat, war das eiserne Halten von Berlin, selbst auf die Gefahr eines gewaltsamen Konfliktes hin.“.

Die Rede, die der amerikanischen Stadtkommandanten Howley 1948 zur Eröffnung der Freien Universität Berlin hielt, stammte übrigens aus der Feder Ulrich Biels. Bei Martin Otto findet sich dazu folgende Passage aus Howleys Erinnerungen: „I asked Dr. Biel to prepare my speech to me. (Biel is German-trained, German-born and thinks as a German). I had indicated only in general terms what I thought should be said. Biels’s speech covered about eight pages, dealt with the past German philosophies, the Weimar Republic, the history of education in Germany.“

Die SED sah in Biel mit einigem Recht einen Drahtzieher des Antikommunismus und trat mehrere Desinformationskampagnen gegen ihn los. So mit der 1949 veröffentlichten Propagandaschrift „Hinter den Kulissen der SPD-Führung“, 1959 mit dem vom *ND*-Redakteur Eberhard Heinrich unter dem Pseudonym „Hans Adler“ verfassten Buch „Berlin in jenen Tagen“ oder 1975 mit einem Pamphlet von Horst Tomeyer im Berliner *Extra-Dienst*, in dem Biel als „Berufsberliner“ beschimpft wurde, der in der „Kontinuität großdeutscher Stammtischprahlereien“ stehe. Biel hatte diese vermutlich von der Stasi befeuerte Kampagne ausgelöst, weil er als Alterspräsident des Abgeordnetenhauses am 23. April 1975 die Berliner Mauer als ein Bauwerk bezeichnete, das „nur den politischen Körper unserer Stadt, nicht ihr Herz teilt“. Im SEW-Blatt *Die Wahrheit* beschimpfte Peter Niggel ihn in einem Artikel unter der Überschrift „Dr. Biel: Kanalarbeiter des kalten Krieges – Im Dienst des US-Außenministeriums und der CDU“ als „Briefträger der US-Kommandostellen“ und „Instrukteur des Kalten Krieges“. DDR-Freunde wie Niggel, aber auch viele Sozialdemokraten und Alternative wollten das Leben im hochsubventionierten West-Berliner Sozialbiotop von den Zumutungen des „Kalten Krieges“ befreien und endlich mit der DDR ihren Frieden schließen. So ließ Sybille Volkholz, die neue Schulsenatorin des rot-grünen Momper-Senats, kurz nach ihrem Amtsantritt ein von ihrer Vorgängerin Hanna-Renate Laurien (CDU) zu Ernst Reuters 100. Geburtstag in Auftrag gegebene Broschüre für die Lehrerbildung um sowjetkritische Passagen bereinigen. Hanna-Renate Laurien würdigte in ihrem Vorwort des Lehrerheftes Ernst Reuter als Politiker, dem die Berliner Bevölkerung in den Monaten der Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht „die Verteidigung und Sicherung des

völkerrechtlichen Status und der demokratischen Existenzgrundlage ihrer Stadt zu verdanken“ habe. „Er bewirkte schließlich, daß Berlin nicht Teil des sowjetischen Machtbereichs wurde, sondern ein Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Volkholz säubert diese Textpassage und ließ den Hinweis auf die Blockade und die sowjetische Politik streichen. Nun hieß es im Volkholz-Vorwort: „In den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus hat Ernst Reuter mit seiner Person auch demokratische Traditionen verkörpert. Sein Engagement hat mit dafür gesorgt, daß in Berlin (West) freiheitlich-demokratische Strukturen geschaffen wurden.“ Zu Säuberung der politischen Kultur in West-Berlin vom Antikommunismus wollte auch die neue Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Hilde Schramm beitragen, indem sie im Mai 1989 die traditionelle Eröffnungsformel des Parlaments für unaussprechbar und nicht mit ihrem Gewissen vereinbar erklärte. Der von Schramm als unzumutbar empfundene Satz lautete: „Ich bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereint werden muß.“

All das und vieles mehr aus der „West-Berliner Meistererzählung“ im Wandel der Annäherung hat Martin Otto sorgfältig für die Begleitbroschüre der „Ernst-Reuter-Hefte“ zusammengetragen und erläuternd der Audio-CD beigefügt, die das Interview des Journalisten Rainer Ott mit Ulrich Biel enthält, das der Sender Freies Berlin am 28. März 1989 unter dem Titel „Die rechte Hand. Geschichten aus der Berliner Nachkriegsgeschichte“ ausstrahlte. Rainer Ott wollte Biel mit diesem Interview eigentlich als Kalten Krieger entlarven. Das aber misslang, wie Martin Otto in seinem Epilog schreibt: „Es ist ein Pointe der Berliner Nachkriegsgeschichte, dass das persönlichste Porträt des ‚stillen Diplomaten‘ Ulrich Biel seinen politischen Gegnern zu verdanken ist. Viele politische Freunde hatten ihn da bereits vergessen.“ Das wird dank der „Ernst-Reuter-Hefte“ Nr. 8 nun nicht mehr der Fall sein.